

VILLINGEN-SCHWENNINGEN



Frei im großen NECKARQUELLE-Interview

Bevor Thorsten Frei als Berichterstatter der CDU im Auswärtigen Ausschuss heute in den Irak fliegt, gab er gestern der NECKARQUELLE-Redaktion noch ein großes Sommer-Interview. Dabei gab es einiges zu klären: Sind die Wunden des großen Streits in der Union schon wieder verheilt? Was kann die CDU tun,

um sich viele konservative Wähler von der AfD zurück zu holen? Und was hat es mit dem Vorschlag auf sich, junge Menschen zu einem Dienst an der Gesellschaft zu verpflichten? Natürlich kam in diesem Gespräch auch der Außenpolitiker Frei zum Vorschein. Führ ihn ist klar: Nicht jeder, der nach

Deutschland kommen will, darf das auch. Erstmals räumte er den Bedarf an einem Einwanderungsgesetz ein, das demnächst unter dem Etikett Fachkräftezuwanderungsgesetz kommen soll. Mehr lesen Sie auf zwei Extra-Seiten weiter hinten.

Foto: Christian Thiel

Deutschland ist ein Einwanderungsland

Politik Vor seiner Nahost-Mission gab der CDU-Wahlkreisabgeordnete Thorsten Frei der NECKARQUELLE-Redaktion ein ausführliches Sommerinterview über den großen Asylstreit, eine gesellschaftliche Dienstpflicht für junge Leute, die Migration, Özil, Erdogan und Trump.

Thorsten Frei (45) sitzt für den Schwarzwald-Baar-Kreis und das Obere Kinzigtal im Bundestag. In seiner zweiten Legislaturperiode in Berlin gehört er erneut zwei wichtigen Ausschüssen an, die seine politische Arbeit nachhaltig beeinflussen: dem auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Im großen NECKARQUELLE-Sommerinterview berichtet er über seine Aktivitäten und Standpunkte.

Herr Frei, schön Sie mal wieder hier zu haben.

Frei: Ich habe schon den Anspruch, meinen Wahlkreis sehr persönlich zu betreuen und kämpfe hier auch um jede Stimme.

Das ist auch nicht unwichtig für einen Politiker. Für Sie aktuell schon gar nicht, zumal mit Dr. Marcel Klinge von der FDP ist ja nun noch ein Abgeordneter da, der auch starke Präsenz zeigt. Da muss man sich schon mehr anstrengen...

Frei: Ich habe mich die letzten vier Jahre ohne ihn genauso angestrengt. Es entspricht überhaupt nicht meiner Denkweise, hier zu konkurrieren. Ich habe hier das Direktmandat! Das bedeutet für mich eine große Verantwortung, der ich gerecht werden will. Es macht übrigens auch grundsätzlich keinen Sinn, sich an anderen zu orientieren.

Wenn aber andere da sind, kann man sie nicht ignorieren. Da geht es Abgeordneten sicherlich nicht anders als Firmen. Das Leben ist ruhiger ohne Konkurrenz!

Frei: Die Wahlkreisarbeit mache ich sehr gerne, und ich mache davon, soviel es geht. Obwohl ich



Aktuelle Themen der großen Politik erörterte CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei gestern im Redaktionsgespräch mit Redakteuren der NECKARQUELLE, hier Redaktionsleiter Dr. Ralf Trautwein.

Fotos: Christian Thiel/NQ-Archiv

auch jede Menge Aufgaben in Berlin habe. In den Sitzungswochen bin ich natürlich dort. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Die parlamentarische Arbeit ist natürlich wichtig.

Sie haben bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr ja mit dem zweitbesten Ergebnis im Land nach Wolfgang Schäuble prima abgeschnitten. Aber insgesamt hat die CDU Federn gelassen. Auch weil ihr die Wähler russischer Herkunft scharenweise davongelaufen sind.

Frei: Wir hatten in dieser Gruppe bis zu 70 Prozent Wähler.

Die Russischstämmigen waren zu Helmut Kohls Zeiten eine sichere Bank für die CDU. Heute wählen die größtenteils AfD.

Frei: Das sagen Sie jetzt. Aber man muss sich schon Gedanken machen. Diese Gruppe hat zum Beispiel bestimmte Vorstellungen von Recht und Ordnung. Beides ist für sie sehr wichtig. Wenn sie den Staat nicht mehr für durchsetzungsfähig halten, wirkt das für sie nicht mehr souverän. Ich habe vor kurzem eine Deutschstämmige aus Turkmenistan getroffen. Sie kam hierher, weil sie nicht wollte, dass ihre Enkelinnen irgendwann mit Kopftuch rumlaufen müssen. Sie sagte: „Ich möchte das nicht!“ Diese Wählergruppe erwartet, dass der Islam das Leben bei uns nicht prägt. Das war eine klare Aussage. Für mich nachvollziehbar.

Bei welcher Partei war noch mal der Bundespräsident, dessen historische Leistung darin bestand, dass er gesagt hat: „Der Islam gehört zu Deutschland!“? Hieß er nicht Wulff?

Frei: Deutschland ist ein freies Land. Da muss man auch das, was Bundespräsidenten sagen, nicht gut finden.

Unbedingt. Dennoch sind die Deutschrussen wohl eine Klientel, die Sie nur schwer zurückgewinnen dürften. Abgesehen davon kommt es uns so vor, als ob die Union in letzter Zeit viel unternommen hat, um die konservative Kundschaft wieder einzufangen. Haben die Zerwürfnisse zwischen CDU und CSU, die wir vor kurzem in Berlin erlebt haben, auch in Ihrer Arbeit Spuren hinterlassen? Gibt es Risse oder Gräben?

Frei: Zwischen CDU und CSU nicht. Ich würde soweit gehen und sagen: Dieser Streit im Juni lief nicht zu hundert Prozent entlang der Parteigrenzen.

Es war also was Persönliches zwischen Merkel und Seehofer und hat Sie nicht tangiert?

Frei: Ich habe auch mit den Kollegen der CSU bestes Einvernehmen. Das wurde dadurch in keiner Weise beeinträchtigt. Entscheidend ist für mich die Politik unserer beider Parteien.

Aber in dem Getöse, was es da gab, nimmt man gute Arbeit, sofern sie das ist, ja gar nicht wahr!

Frei: Richtig. Anders wären die aktuellen Umfragewerte auch nicht zu erklären (Anm. d.Red. Sonntagsfrage - Emnid, Insa 29 Prozent CDU). Objektiv hat uns das geschadet. Dass wir zwei Mal

in Folge unter 30 Prozent liegen, wird nur nicht so sichtbar, weil es halt immer noch zwölf Prozent vor der SPD ist. Was man aber sieht: Ein System mit zwei starken Volksparteien, die in der Lage sind, eine stabile Regierung zu bilden, ist erodiert.

Jetzt aber, Herr Frei! Man könnte auch sagen, dass nicht das System erodiert ist, sondern dass die beiden Volksparteien erodiert sind. In der Ära Merkel sind auch Werte verloren gegangen. Wir haben zumindest den Eindruck, dass Sie bei uns, wenn wir auf unsere Redaktionsgespräche in den letzten Jahren zurückblicken, zunehmend konservativ auftraten. Frei (lacht): Dann wirkt das also!

„Es reicht nicht aus, nur Steuern zu bezahlen.“

Um stark zu bleiben – oder um wieder stark zu werden – brauchen Sie auch den Sektor rechts von der Mitte! Heute haben Sie uns ja wieder eine Vorlage geliefert, als Sie eine Dienstpflicht für junge Leute angeregt haben. Wenn das nicht konservativ ist!

Frei: Die Idee, die hinter einer allgemeinen Dienstpflicht steht, ist, die Identifikation mit dem eigenen Land zu fördern. Für mich geht es dabei nicht primär darum, Soldaten zu generieren oder einen Pflegenotstand zu lösen.

Jede Maßnahme hat ideelle, aber auch pragmatische Aspekte.

Frei: Ja, und man muss auch verfassungsrechtliche Aspekte bedenken. Es geht letztlich darum, den Menschen deutlich zu machen, dass es nicht ausreicht, nur seine Steuern zu bezahlen. Damit hat man noch nicht genug getan für diese Gesellschaft, die lebenswert sein soll. In einer materialisierten Welt ist es auch wichtig, etwas zu geben, von dem wir alle zu wenig haben: nämlich Zeit.

Ein Dienst ist womöglich sinnvoller, als nach dem Abi erst mal ein Jahr nach Australien zu gehen und Zitronen zu pflücken...

Frei: Es könnte Wehrdienst sein, es könnte auch Dienst in einer sozialen Einrichtung sein, oder aber in der Entwicklungshilfe oder im Umweltschutz. Auch da gibt es auch praktische Arbeiten, die jungen Leute sollen auch Geld dafür kriegen, wenn auch nicht so viel, wie sie Lohn kriegen wür-

den. Es geht um eine Investition in die Gesellschaft!

Haben Sie selber eigentlich auch Wehr- oder Ersatzdienst geleistet?

Frei: Ich habe Wehrdienst geleistet. Hätte ich es nicht gemusst, wäre ich wohl direkt zum Studium gegangen. Vom Typ her wäre ich eher nicht zum Zitronenpflücken gegangen. Dieses Jahr beim Bund war für mich aber unglaublich wichtig. Dort ist man mit dem gesamten Querschnitt seines Jahrgangs zusammen gekommen. Leute, die man davor oder danach womöglich nicht mehr trifft.

Herr Trautwein hat auch gedient! (Einwurf Cornelia Hellweg).

Ja, zwei Jahre lang.

Frei: Ich hab's nur zum Hauptgefreiten gebracht.

Immerhin! – Aber es ist ja mal grundsätzlich nicht falsch, der Gesellschaft etwas zu geben und nicht nur von ihr zu nehmen. Aber noch kurz zur Bundeswehr: Dass sie heute als Arbeitgeber Probleme hat, genug Leute zu bekommen, geht doch auch auf politische Entscheidungen zurück, die die Union maßgeblich mitgetragen hat. Unter ihrer Regierung wurde die Wehrpflicht ausgesetzt, und es gibt Auslandseinsätze. Ein dienstpflichtiger 17-Jähriger, der gerade von der Schule kommt, könnte gar nicht absehen, auf was er sich einließe, wenn er sich denn für einen Wehrdienst entschiede.

Frei: Ich mache mir da keine Illu-

sionen. Wir haben die Wehrpflicht abgeschafft, weil es keine Wehrgerechtigkeit mehr gab. Wenn von einem Altersjahrgang nur zehn Prozent Wehr- oder Ersatzdienst leisten müssen, dann ist das verfassungsrechtlich nicht mehr gerechtfertigt. Und natürlich hat sich der Charakter des Militärdienstes auch geändert. Das sind heute hoch spezialisierte Leute. Das darf man auch nicht vergessen. Wir sind aber auch Teil der Nato und haben Bündnisverpflichtungen. Und es gibt nach wie vor die Erfordernis der Landesverteidigung. Das darf man nicht ganz außen vor lassen.

Bei jüngeren Wählergruppen dürften Sie mit dem Ruf nach einer allgemeinen Dienstpflicht jedenfalls keine Begeisterungstürme auslösen...

Frei: Politik darf sich nicht an dem orientieren, was Begeisterungstürme auslöst. Sie soll sich an dem orientieren, was richtig ist.

Wird das die Wirtschaft richtig finden? – Die benötigt ja dringend Leute. Durch eine Dienstpflicht ginge ihr ein kompletter Altersjahrgang verloren. Volkswirtschaftlich gesehen sowieso.

Frei: Dieses Argument sticht für mich nicht wirklich. Augenblicklich kommen dank der verkürzten Schulzeit und des fehlenden Wehrdienstes junge Leute raus, die zu jung, zu unreif sind.

Das hat man ja der Volkswirtschaft wegen so eingerichtet: Betriebe und Sozialsysteme sollten profitieren. Dann ist das Vorhaben ja gescheitert.

Frei: Genau. Ein volkswirtschaftlicher Effekt, wie man ihn herbeiführen wollte, hat sich nicht eingestellt. Deshalb könnte man eine solche Dienstpflicht auch ohne volkswirtschaftlichen Schaden einführen. Wer ein Dienstjahr gemacht hat, ist am Ende ein Jahr reifer. Und das nicht nur, weil er ein Jahr älter geworden ist. Davon bin ich überzeugt.

Das Thema „nationale Identität“ wird natürlich auch von Migration beeinflusst. Wenn Menschen zuwandern, die keine Deutschen sind, bleibt das womöglich nicht ohne Folgen.

Frei: Deshalb ist Integration so wichtig. Aber diesen Begriff sollte man nicht ausschließlich auf Migranten beziehen, sondern auch auf viele andere. Unsere Gesellschaft leidet auch unter Vereinzelung, die unter anderem aus hoher Mobilität im Zuge der Globalisierung resultiert. Wenn man für seinen Arbeitgeber häufiger mal ins Ausland muss, ist es umso wichtiger, stark verwurzelt zu sein: in der Familie, im Heimatort, in den Vereinen. Man ist vielleicht nicht immer da, kann aber immer wieder zurückkommen. Themen wie „Heimat“ werden nicht altmodisch, sondern immer wichtiger. Weltweit übrigens.

Asylstreit beschädigte das Image schwer

Nach dem großen Asyl-Krach zwischen CDU-Kanzlerin Merkel und CSU-Innenminister Seehofer sind die Umfragewerte der Union rasant gefallen. Währenddessen stieg das Polit-Barometer für die rechtspopulistische AfD auf ein Rekordhoch. Genau das hatten CDU und CSU eigentlich vermeiden wollen. Seehofer, in dessen Innenressort Flüchtlingsfragen fallen, hatte vorgesehen, dass anderswo in

der EU bereits registrierte Asylbewerber an der deutschen Grenze zurückgeschickt werden sollten. Merkel hatte dies allerdings abgelehnt. Der Konflikt, in dessen Verlauf Seehofer mit Rücktritt gedroht hatte, hatte die Uniongemeinschaft an den Rand des Bruchs geführt. Diese Zerrissenheit schwächte die Union nachhaltig und trieb ihre Umfragewerte in den Keller – bei der „Sonntagsfrage“ („Wen würden Sie

wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“) rutschte sie bei manchen Forschungsinstituten unter 30 Prozent. Dass letztlich ein Kompromiss gefunden wurde, nach dem nun ausschließlich Asylbewerber, die bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben, an der deutsch-österreichischen Grenze zurückgewiesen werden, trug kaum zur Schadensbegrenzung bei. rat



Was kann die Union tun, um die Gunst konservativer Wählergruppen von der AfD zurückzuerobern?



Eine Dienstpflicht für junge Leute sieht Thorsten Frei als „Investition in die Gesellschaft. Ein Wehrdienst könne dabei aber nur auf freiwilliger Basis erfolgen, keinesfalls verpflichtend.“



Von links: NECKARQUELLE-Redakteurinnen Daniela Schneider und Cornelia Hellweg im Gespräch mit Thorsten Frei, das sich zuletzt auch um Mesut Ösil, Recep Erdogan und Donald Trump drehte.

Meinen Sie, Integration funktioniert bei uns so gut, wie sie es sollte? – Oder gibt's noch Luft nach oben?
Frei: Das gibt es bei allem. Doch wir haben hier als Staat und Gesellschaft Gigantisches geleistet. Allerdings hat jeder Staat nur eine begrenzte Absorptions- und Integrationskraft. Deshalb wird es künftig auch wichtig sein zu entscheiden: Wer kann dauerhaft bei uns bleiben und wer nicht. Dann muss man Integrationsbemühungen auf diejenigen konzentrieren, die eine dauerhafte Perspektive in Deutschland haben werden.

Wir fragen Sie ja jedes Mal, wenn Sie bei uns sind, ob wir ein Einwanderungsgesetz brauchen. Sie haben immer geantwortet, dass es nicht nötig sei, weil unser Asylrecht ausreicht.
Frei: Ich habe höchstens gesagt: Unser Einwanderungsgesetz heißt Aufenthaltsgesetz. Dieses führt schon dazu, dass wir relativ

junge, reiche und männliche Afrikaner zu uns kommen lassen – das sind die, die die Überfahrt wagen und schaffen. Statt ihrer sollten wir die Schutzbedürftigen ins Land lassen.

das diejenigen Menschen, die wir brauchen, zu uns kommen und nicht in andere Länder gehen? – Letzte Woche war ich im Iran. Viele Iraner wollen in Deutschland studieren. Deswegen brauchen sie Visa. Darauf müssen sie zu lange warten. Das sind junge Leute, die alle eine Verstärkung für unseren Arbeitsmarkt wären. Die müssen aber nicht nach Deutschland kommen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland...

Haben wir da in der Vergangenheit Fehler gemacht?
Frei: Wir haben seit den 1960er-Jahren zu wenig deutlich formuliert, was wir von denen verlangen, die zu uns kommen. Wir sollten Integration verlangen! Das hört der Erdogan sicher nicht gerne. Der soll hier keinen Wahlkampf machen. Was ich nicht möchte, sind Parallelgesellschaften. Die schaden uns. Wenn ich als Rentner nach Spanien gehe, ist es doch dasselbe. Dort redet man Spanisch. Es muss klar sein: In Deutschland gelten deut-

chen dafür, dass Integration gescheitert ist.

Ja und – hätten sie Özil aufgestellt oder nicht?
Frei: Zum Sportlichen kann ich jetzt hier nichts sagen. Der DFB hat vor der WM wachweich reagiert und hinterher, wie er vorher hätte reagieren sollen. Die Vorbildfunktion eines Nationalspielers hat er natürlich nicht erfüllt und der Integration einen Bärendienst erwiesen.

Harter Themenwechsel: Morgen fliegen Sie in den Irak. Was machen Sie dort?
Frei: Erst mal besuche ich auf dem Weg dorthin Jordanien. Danach bin ich Ende der Woche in Bagdad...

Haben wir das jetzt nicht mitbekommen, dass Sie inzwischen Außenminister geworden sind?
Frei (lacht): Nein. Ich bin Berichterstatter für Nahost. Ich nutze die Sommerzeit, um die Länder zu besuchen, für die ich zuständig bin. Der nahe Osten ist eine spannende Region in einer spannenden Zeit. Die Instabilität dort wirkt sich tatsächlich auch in der deutschen Innenpolitik aus. Außerdem ist der Nahe Osten häufig auch Ausgangspunkt für islamistischen Terrorismus. Wir haben daher größtes innenpolitisches Interesse an einer möglichst großen Stabilität dort. Darum bemühe ich mich.

Wie werden Ihre Erkenntnisse denn konkret verwertet?
Frei: Nach jeder Dienstreise erstelle ich einen umfassenden Reisebericht. Den lesen all jene in Regierung und Parlament, die in irgendeiner Weise mit dem Thema befasst sind.

Jetzt sind wir schon im Ressort des Europapolitikers Thorsten Frei angelangt! Müssen die europäischen Grenzen künftig noch dichter gemacht werden?
Frei: Auf jeden Fall. Darin sind sich alle 28 EU-Mitgliedstaaten einig. Da müssen wir auch deutlich an Tempo zulegen. Wichtig ist die Fluchtursachenbekämpfung. Hier müssen wir noch mehr Geld einsetzen, als wir es ohnehin schon tun. In den letzten Jahren haben wir die Ausgaben für humanitäre Hilfe vereinhundertfacht. Klar ist aber auch: Nicht jeder, der hierher kommen will, kann das auch tun. Deshalb müssen wir unsere Grenzen auch besser schützen. Die Frage, wer nach Deutschland kommt, darf nicht von kriminellen Schleppern beantwortet werden.



Nach Europa kann als Asylant jeder, während die gut Ausgebildeten in die USA gehen. Hier soll das Fachkräftewanderungsgesetz Abhilfe schaffen.

Wie kann man sich einen verstärkten europäischen Grenzschutz denn vorstellen? Es sind ja schon Mauern oder zumindest Zäune errichtet worden. Mauern wir Europa zu? Anzunehmen, dass es eines Tages keinen Schlepperverkehr vom afrikanischen Kontinent her mehr geben wird, ist doch beinahe naiv. Das läuft, solange sich damit Geld verdienen lässt.
Frei: Wenn 3000 bis 5000 Menschen jährlich im Mittelmeer sterben, ist das inakzeptabel. Das ist klar! Es ist aber überhaupt nicht klar, dass man aus einem Schlauchboot, das wenige hundert Meter vor der libyschen Küste treibt, nach Europa abgeholt wird. Man kann auch retten, indem man die Leute dahin zurückbringt, wo sie herkommen.

zur Einwohnerzahl nach den USA das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Erde sind.

Das ist ja wohl eher unseren üppigen Sozialleistungen geschuldet.
Frei: Gut, die spielen auch eine Rolle. Unlängst habe ich über eine Studie gelesen, die das Migrationsverhalten von Afrikanern untersucht hat. Die gut Ausgebildeten gehen nach Amerika, die Übrigen nach Europa. Nach Europa kann als Asylant jeder. In den USA muss man Geld, Bildung oder auch Verwandte vorweisen. Ich finde: Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz. Bei uns heißt das Fachkräftewanderungsgesetz. Richard von Weizsäcker hat unterschieden zwischen diesen, die uns brauchen und jenen, die wir brauchen. Für die einen ist das Asylrecht da, für die anderen ist ein Einwanderungsgesetz.

Frei: Ja, Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir haben das wahrscheinlich lange nicht begriffen. Wir sollten uns übrigens auch verhalten wie ein richtiges Einwanderungsland. So wie die USA, Kanada oder Australien. Die sind knallhart: Die sagen: 'Du musst etwas können und etwas mitbringen.' Die haben ganz klare Bedingungen.

Wir haben zu wenig deutlich formuliert, was wir von denen verlangen, die zu uns kommen.

Was verlangen die von ihren Einwanderern?
Frei: Dass sie sich integrieren. Dass sie etwas lernen. Auch wir müssen ganz klare Bedingungen stellen.

Ihre Wähler im Schillerhäusle werden es auch nicht goutieren, wenn sie demnächst 1000 Muslime aus dem Iran holen wollen.
Frei: Nein, das glaube ich nicht. Bei denen handelt es sich auch um einen sehr leistungsorientierten Teil der Bevölkerung. Denen sind faire Bedingungen wichtig.

sche Regeln. Und nicht deutsch-türkische oder deutsch-russische Regeln.

Parallelgesellschaften haben wir hier ja schon. Wie wollen Sie im Land die Integration dieser Leute, die schon da sind, bewerkstelligen?
Frei: Das ist eine Riesenherausforderung. Bei uns im Schwarzwald-Baar-Kreis kommt hier den Vereinen eine wichtige Rolle zu. Die Vereine sind stark. In jedem Fußballverein gibt es einen hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund. Je jünger ein Mensch hierher kommt, desto leichter fällt es, ihn zu integrieren.

Apropos Parallelgesellschaften und Erdogan: Hätten Sie als Bundestrainer den Özil aus der Nationalmannschaft geworfen?
Frei: Der hat alles falsch gemacht, was man falsch machen kann. Das Foto mit Erdogan finde ich genauso eigentümlich wie das Wahlverhalten vieler Türken hier in Deutschland zugunsten Erdogans und seines autokratischen Systems. Ich halte es auch für problematisch, wenn ein Deutscher türkischer Herkunft mit dem türkischen Präsidenten posiert und auch noch sagt: 'Für meinen verehrten Präsidenten'. In solch einem Fall ist das ein Zei-

Aber nur Ihre Fraktionskollegen? Oder auch die Grünen?
Frei: Man tauscht sich schon aus über Fraktionsgrenzen hinweg. Weil diese Themen eine so große Rolle in Plenardebatten spielen, darf ich auch so viele Reden halten. Als Abgeordneter habe ich andere Gesprächspartner als ein Minister oder die Kanzlerin. Ich habe leichteren Zugang zu Informationen und Intellektuellen, weil ich unauffälliger bin. So bekomme ich eher ein ungeschminktes Bild der Tatsachen...

Weil Sie praktisch unter dem Radar fliegen...

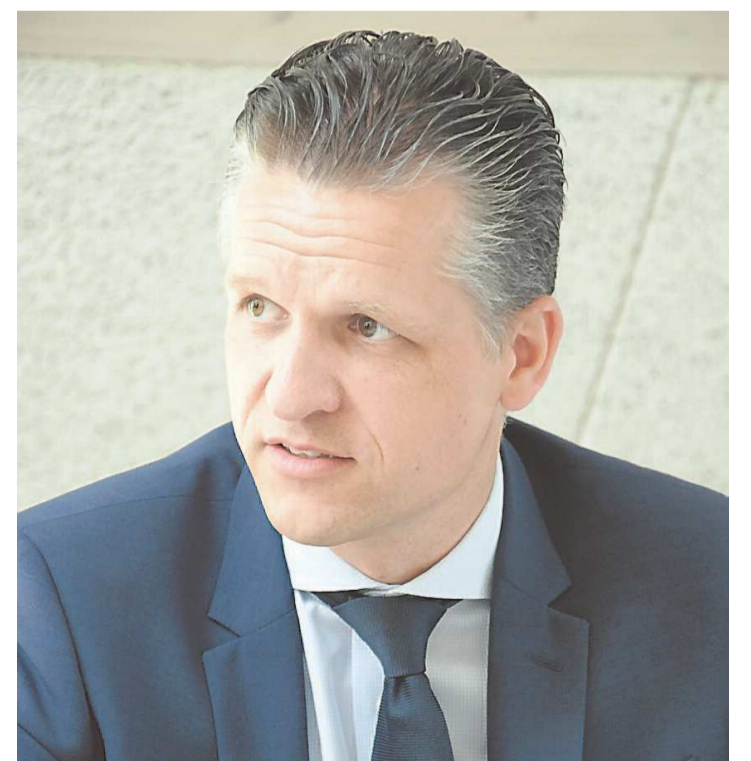
... Das wär jetzt eine tolle Überschrift für dieses Gespräch!
Frei (lacht): Halt! Aber nur für meine Auslandsreisen. Nicht für die Arbeit im Wahlkreis. Aber im Ernst: Wenn wir uns nicht kümmern, tut es niemand. Das sehen wir, wenn sich da jetzt die Amerikaner zurückziehen. Denn die Flüchtlinge und den Terror haben wir. Wir müssen dort stärker werden und müssen uns um mehr Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kümmern.

Hilft es dabei, dass Trump so ist, wie er ist? Sein Naturell erhöht ja den Leidensdruck auf die Europäer.
Frei: Nein. Trump ist für gar nichts gut. Er macht alles, was bisher nicht für möglich gehalten wurde – scheinbar mit Erfolg. Wo wir in Sackgassen steckten, kommt dieser Trump und kriegt augenscheinlich etwas hin! Das zunächst ist verstörend. Aber man muss den Hintergrund sehen.

Wo wir in Sackgassen steckten, kommt dieser Trump und kriegt augenscheinlich etwas hin.

Und der wäre?
Frei: Trump trampelt auf all dem herum, was uns wichtig ist: Multilateralismus und internationale Ordnung und Stärke des Rechts anstelle von Recht des Stärkeren. Dem allem setzt er eben jenes und die Magie des Deals entgegen. Alle anderen gucken zu. Wenn ich einen Deal zwischen den USA und Nordkorea mache, lautet die Frage aber: Welche Auswirkungen hat das auf Südkorea? Nicht nur die Amerikaner agieren so, sondern auch die Chinesen. Internationale Rechtsprechung zu ihren Ungunsten interessiert die kein bisschen. Die machen alles mit bilateralen Abkommen. Beispiel: Wo endet ein Kompromiss zwischen China und den Philippinen? Ganz sicher nicht in der Mitte – im Prinzip läuft es immer auf ein chinesisches Diktat hinaus.

Und was hat das jetzt mit Trump zu tun?
Frei: Der macht das genauso. Der Kollateralschaden seiner Deals wird unendlich groß sein.



„Die Retter machen die Arbeit der Schlepper“, warnt Thorsten Frei. So kann es für ihn nicht weiter gehen.